

ABSCHIEBEGEFÄNGNIS VERHINDERN - IN DÜSSELDORF UND ÜBERALL

Presseinformation, 05. April 2022

Neu gegründetes Bündnis ‚Abschiebegefängnis verhindern - in Düsseldorf und überall‘ fordert Stopp aller Planungen für ein Abschiebegefängnis in Düsseldorf

Das Land NRW und die Stadt Düsseldorf sind in Gesprächen über den Bau eines Abschiebegefängnisses am Düsseldorfer Flughafen. Dagegen formiert sich momentan Protest.

„Abschiebehaft ist eine Menschenrechtsverletzung – der Bau des Abschiebegefängnisses in Düsseldorf muss gestoppt werden“, fordert Britta Rabe für das neu gegründete Bündnis ‚Abschiebegefängnis verhindern - in Düsseldorf und überall‘. Anfang des Jahres 2022 gegründet, ist das Bündnis ein Zusammenschluss verschiedener lokaler und überregionaler Organisationen aus NRW. Gemeinsam ist ihnen, dass sie sich klar gegen Abschiebungen positionieren und mit den von Abschiebung betroffenen und bedrohten Menschen solidarisieren.

Das Bündnis ‚Abschiebegefängnis verhindern - in Düsseldorf und überall‘ fordert die Landesregierung und alle bei der Landtagswahl antretenden demokratischen Parteien auf, Abstand zu nehmen von den Planungen für ein weiteres Abschiebegefängnis in Nordrhein-Westfalen. Abschiebehaft dient ausschließlich dazu, Abschiebungen reibungslos durchführen zu können - die von Abschiebehaft betroffenen Menschen werden durch die Inhaftierung allerdings behandelt, als hätten sie ein Verbrechen begangen, für welches sie bestraft werden. Dabei ist Abschiebehaft eine Haft ohne Straftat.

„Wir fordern ein klares Bekenntnis zu einer offenen Migrations- und Flüchtlingspolitik. Abschiebungen sind kein Bestandteil davon“, erklärt Regine Heider für das Bündnis. „Denn: Abschiebungen verachten die Würde eines jeden Menschen.“

Das breite Bündnis will sich allen Planungen, die Abschiebungen ermöglichen und erleichtern, entgegenstellen. Dafür geht das Bündnis mit dem Thema an die Öffentlichkeit. Es sind unter anderem Informationsveranstaltungen und Demonstrationen geplant, die in den kommenden Monaten stattfinden werden.

Kontakt:

Bündnis ‚Abschiebegefängnis verhindern - in Düsseldorf und überall‘:

E-Mail: info@abschiebegefaengnis-verhindern.de

Regine Heider (Stay! Düsseldorfer Flüchtlingsinitiative): Tel. 0157 53606531

Britta Rabe (Komitee für Grundrechte und Demokratie e.V.): Tel. 0221 - 972 69 -20

Frank Gockel (Hilfe für Menschen in Abschiebehaft Büren e.V.): Tel. 07 00 - 22 99 77 11

Hintergrund:

Im [Anhang](#) findet sich die erste Erklärung des Bündnisses ‚Abschiebegefängnis verhindern - in Düsseldorf und überall‘, die viele weitere Initiativen und Vereine bereits mitunterzeichnet haben.

Weitere Infos:

abschiebegefaengnis-verhindern.de

ABSCHIEBEGEFÄNGNIS VERHINDERN - IN DÜSSELDORF UND ÜBERALL

Erklärung des Bündnisses

April 2022

Kein Abschiebegefängnis in Düsseldorf oder anderswo – Bleiberecht statt Abschiebung

Das Land NRW plant ein weiteres Abschiebegefängnis, zusätzlich zu dem bundesweit größten in Büren mit 175 Haftplätzen. Der geplante Neubau mit 25 Plätzen soll als sogenannter „Ausreisegewahrsam“ (Inhaftierung bis zu 10 Tage) dienen und das Abschiebegefängnis in Büren ergänzen. Ziel der NRW-Landesregierung und der Bundesregierung ist es, mehr und effizienter abzuschicken. Ein Gefängnis in direkter Nähe zum zweitgrößten Abschiebeflughafen Deutschlands in Düsseldorf soll dies erleichtern. Bisher wird kaum öffentlich darüber diskutiert oder gar die Abschiebepolitik infrage gestellt.

Als Bündnis 'Abschiebegefängnis verhindern – in Düsseldorf und überall' sprechen wir uns entschieden gegen den geplanten Neubau aus. Wir wollen kein weiteres Abschiebegefängnis! Im Gegenteil: Abschiebehaft muss abgeschafft werden! Wir wenden uns gegen die aktuelle autoritäre und repressive Abschiebungspolitik in NRW und bundesweit und fordern eine gänzlich andere Politik gegenüber Menschen, die ihre Herkunftsländer verlassen mussten: Eine Politik des Willkommens und des Bleibens.

Jedes Jahr werden tausende Menschen hier in Deutschland gezwungen, ihren Wohnort zu verlassen – sie werden abgeschoben. Oft ist dies verbunden mit gewaltsamen Festnahmen, nächtlichen Einbrüchen, Abschiebehaft und anderen traumatisierenden Erlebnissen. Abschiebungen reißen Menschen aus ihrem Umfeld. Die ständige Angst vor Abschiebung führt zu schwerwiegenden, psychischen Erkrankungen. Eine lebenswerte Perspektive wird durch den ständigen Druck, den ein Leben ohne sicheren Aufenthalt bedeutet, aktiv verhindert.

Deutschland und das Land NRW schieben mehr und mehr ab und immer häufiger werden Menschen im Vorfeld inhaftiert. Einziger Zweck des Freiheitsentzuges ist die Sicherstellung und Erleichterung der späteren Abschiebung. Bundesweit werden die Haftplätze stetig erhöht. Der im EU-Recht verankerte Grundsatz der Vermeidung von Haft bei Abschiebung wird dabei einfach ignoriert.

Abschiebehaft als Teil der europäischen Asylpolitik ist eine rassistische Praxis. Für die Behörden ist die Inhaftierung „nur“ eine Verwaltungsmaßnahme, auf die die Abschiebung in die Herkunftsländer oder andere EU-Staaten folgt. Für die Betroffenen bedeutet es soziale Isolation, keine Beratung, weitere Gewalterfahrungen und Angst vor der erzwungenen Ausreise in ein Land, in dem das weitere Leben völlig ungewiss ist – und nicht selten lebensgefährlich.

Abschiebehaft ist eine Menschenrechtsverletzung.

Das Bündnis „Abschiebegefängnis verhindern – in Düsseldorf und überall“ lehnt Abschiebungen generell ab. Wir kritisieren die Abschiebepolitik der Bundes- und Landesregierung und fordern ein Bleiberecht für Alle. Deswegen lehnen wir die Planung eines weiteren Abschiebegefängnisses am Düsseldorfer Flughafen kategorisch ab und fordern die Abschaffung der Abschiebehaft.

Mehr:

Bündnis 'Abschiebegefängnis verhindern – in Düsseldorf und überall'

E-Mail: info@abschiebegefaengnis-verhindern.de

<https://abschiebegefaengnis-verhindern.de>

Das Bündnis:

Aktion Bürger*innenasyl NRW

Antira Vernetzung NRW

Autonomes Knastprojekt

Bündnis gegen Abschiebungen Münster

FAU Düsseldorf

Komitee für Grundrechte und Demokratie e.V.

Hilfe für Menschen in Abschiebehaft Büren e.V.

I Furiosi

NoMoreMorias Düsseldorf

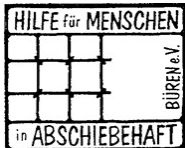
refugee support project (AStA HS Düsseldorf)

Republikanischer Anwältinnen- und Anwälteverein e.V.

Seebrücke Bochum

Seebrücke Köln

STAY! Düsseldorfer Flüchtlingsinitiative e.V.



GRUNDRECHTE KOMITEE.de

Komitee für Grundrechte und Demokratie e.V.



diese Erklärung wird mitunterzeichnet von:

Amnesty International Oberhausen

Ev. Emmaus - Kirchengemeinde Düsseldorf

Flüchtlinge Willkommen in Düsseldorf e.V.

Flüchtlingsrat NRW

Flüchtlingsrat Oberhausen e.V.

Flüchtlingsrat Krefeld e.V.

Integrationshaus Köln e.V.

Ökumenisches Netzwerk Asyl in der Kirche in NRW e.V.

Refugee Law Clinic Düsseldorf

Seebrücke Bonn

Seebrücke Dortmund

Seebrücke Gronau

Seebrücke Krefeld

Seebrücke Münster

Seebrücke Oberhausen

Seebrücke Wuppertal

Solidarity 1803

Zivilgesellschaftliches Bündnis Seebrücke-Minden / Steuerungsgruppe



SolidaritätGrenzenlos



LeavenNoOrderDie

JedesLebenZählt